Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe einzelnder Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,600
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 311. Donnerstag den 6. November 1884 78. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung,
die Feststellung des ortsüblichen Tagelohnes betreffend.

Der ortsübliche Tagelohn gewöhnlicher Tagearbeiter ist für Leipzig durch die Königliche Kreishauptmannschaft auf

2 ℳ — ₰

für männliche erwachsene Arbeiter,

1 ℳ 33½ ₰

für erwachsene Arbeiterinnen,

0 ℳ 83½ ₰

für Arbeiter und Arbeiterinnen, welche das 16. Lebensjahr noch nicht erfüllt haben und für Lehrlinge, festgestellt worden.

Leipzig, den 3. November 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Krankenversicherungsamt.)
Winter.

Aufforderung
an die Vorstände der Kranken- und Hilfscassen zur Einreichung der Cassenstatuten.

Nachdem vielfach Arbeitgeber behauptet haben, daß ihre Arbeiter als Mitglieder einer Hilfscasse von dem Beitritt zur Gemeindekrankenversicherung beziehentlich zur Ortskrankencasse befreit seien, fordern wir die Vorstände der hier bestehenden, auf Tit. VI der Gewerbeordnung beruhenden Innungskrankencassen und ebenso die Vorstände der hier, sowie in Abtnaundorf, Anger-Crottendorf, Böhlitz-Ehrenberg incl. Barneck, Burgaue, Connewitz, Cotzschen, Dölitz, Eutritzsch, Gautzsch, Gohlis, Großzschocher, Kleinzschocher, Lauer, Leutzsch, Lindenau, Lössnig, Mockau, Möckern, Möltau, Neureudnitz, Neustadt, Neuschönefeld, Neusellerhausen, Reutzsch, Oetzsch, Paunsdorf, Plagwitz, Probstheida, Raschwitz, Reudnitz, Schleußig, Schönau, Schönefeld, Sellerhausen, Stötteritz, Stünz, Thonberg, Volkmarsdorf und dortige Straßenhäuser, Wahren, Windorf, Zweinaundorf bestehenden Hilfscassen, mögen solche auf Grund des Reichsgesetzes vom 1. April 1876, als eingeschriebene Hilfscassen, oder auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichtet sein, einschließlich der Vertreter der hier oder in den angegebenen Ortschaften errichteten örtlichen Verwaltungsstellen auswärtiger eingeschriebener Hilfscassen auf, schleunigst die Cassenstatuten bei uns einzureichen, und zwar soweit die Cassen ihren Sitz in Leipzig nicht haben, in einem hinsichtlich seiner dermaligen Giltigkeit amtlich beglaubigten Exemplare, sowie unter Beifügung eines Zeugnisses der Gemeindebehörden des Sitzes der Casse, daß die Hilfscasse noch bestehe und die dem Statute entsprechenden Unterstützungen wirklich gewähre, sowie über den Betrag des für diese Gemeinde gemäß §. 8 des Reichsgesetzes vom 15. Juni 1883 festgesetzten ortsüblichen Tagelohnes.

Nach Prüfung der Leistung der Casse werden wir den Vorständen eröffnen, ob die Mitgliedschaft bei den Cassen als von dem Versicherungszwange befreiend anzuerkennen sei.

Leipzig, den 3. November 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Krankenversicherungsamt.)
Winter.

Im Monat October 1884 erlangten das hiesige Bürgerrecht:
Ackermann, Ernst Paul, Gerichtsvollzieher-Aktuar;
Albrecht, Georg Albin Eugen, Feuerwehrmann;
Augustin, Ernst Gottlieb Reinhold, Beherer;
Barth, Christian Hermann, Expedient;
Bassenge, Louis Eugen, Agent;
Becker, Georg Carl August, Kaufmann;
Berndt, Paul Theodor, Cassirer;
Bernsdorf, Theodor Hugo, Kaufmann;
Bergmann, Hermann Robert, Buchbinder;
Berschinger, Joh. Carl Otto, städt. Vollstreckungshilfsbeamter;
Besser, Friedrich Wilhelm, Mechaniker;
Birckigt, Johann Friedrich Rudolf, Kaufmann;
Birnstengel, Johann Traugott, Tischler;
Borrmann, Friedrich Eduard, Drechsler;
Brenne, Otto Richard, Fabrikant;
Büttner, Georg Max, Schriftsetzer;
Diettrich, Gustav Clemens, Schriftsetzer;
Dietze, Franz Albert, Kaufmann;
Eisenberg, Dr., Joseph, prakt. Arzt;
Fischer, Bruno Max, Mechaniker;
Focke, Friedrich Franz, Bierverleger;
Franke, Otto Hugo, Brauer;
Giesecke, Christian Wilhelm Raimund, Kaufmann;
Hartmann, Felix Gregor Sally, Schriftsetzer;
Hartmann, Ferdinand, Productenhändler;
Heller, Carl Ludwig Hermann, Former;
Hennig, Ernst Julius, Strohhutpresser;
Hetze, Carl Ernst Oscar, Korbwaaren-Fabrikant;
Hetze, Gustav Adolf Clemens, Goldarbeiter;
Hoffmann, Carl Adolf Waldemar, Buchhändler;
Hoffmann, Julius Franz Richard, Redacteur;
Hofmann, Gustav Adolf, Rechtsanwalt;
Jäh, Carl Julius, Kaufmann;
Kahle, Bernhard Ludwig Theodor Franz, Mechaniker;
Käsebogen, Johann Heinrich, Gastwirth;
Koch, Carl Gutmann Felix, Buchhalter;
Landmann, Carl Otto, Kaufmann;
Lotzheis, Bernhard, Buchbinder;
Mehrke, Otto Bernhard Friedrich, Feuerwehrmann;
Menge, Richard Theodor, Kaufmann;
Nietsche, Franz Emil, Kaufmann;
Richter, Adolf Bernhard, Musiklehrer;
Richter, Albin Bernhard, Kaufmann;
Ruschel, Gottfried Heinrich Julius, Maschinenmeister;
Schaub, Carl Friedrich Ferdinand, Hausmann;
Schäffer, Ernst Friedrich, Mechaniker;
Senf, Emil Louis Richard, Buchhändler;
Senf, Wilhelm August Louis, Buchhändler;
Thoma, Friedrich August, Kaufmann;
Ulbrich, Moritz Albert, Kaufmann;
Wagner, Paul Richard, Kaufmann.

In der letzten Woche der diesjährigen Michaelismesse ist in einem hiesigen Restaurationslocale

eine Banknote zu 100 ℳ und

Mitte des vor. Monats in einem Garderoberaume des Neuen Stadttheaters

ein Geldbetrag von 60 ℳ in Cassenscheinen

aufgefunden worden.

Die unbekannten Verlustträger dieses Geldes werden hierdurch aufgefordert, sich in unserem Commissariate zu melden.

Leipzig, am 3. November 1884.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Graf.

Bekanntmachung.

An den hiesigen Volksschulen sind nächste Ostern **18 provisorische Lehrerstellen** zu besetzen, mit denen ein jährlicher Gehalt von je 1500 ℳ verbunden ist.

Bewerber, welche die Wahlfähigkeitsprüfung bestanden haben oder bis Ende des Jahres zu bestehen gedenken, wollen Gesuche und Zeugnisse bis Ende dieses Monates bei uns einreichen.

Leipzig, am 4. November 1884.

Der Schulausschuß der Stadt Leipzig.
Dr. Vanitz. Leyner.

Bekanntmachung.

Königl. Amts-Gericht Naumburg a/S.

In unserm Handelsregister sind zufolge Verfügung vom 31. October 1884 am 1. November 1884 folgende Eintragungen bewirkt:

I. im Firmen-Register:

a. bei der Firma Nr. 457
Carl Köhlmann zu Naumburg a/S.
in Colonne 6:
Die Firma ist bei Abtretung des Geschäfts auf den Kaufmann Gustav Emil Schotte zu Naumburg a/S. übergegangen.
Vergl. Nr. 849 des Firmen-Registers.

b. unter Nr. 849:
Die Firma Carl Köhlmann zu Naumburg a/S. und als deren alleiniger Inhaber der Kaufmann Gustav Emil Schotte in Naumburg a/S.

II. im Procuren-Register
bei Nr. 83, betreffend die Firma Carl Köhlmann:
Die Procura ist erloschen.

Bekanntmachung.

Die in unserem Firmenregister unter 246 eingetragene Firma
F. C. Herrmann
zu Belgern ist zufolge Verfügung vom 29. October 1884 am nämlichen Tage gelöscht worden.

Torgau, den 29. October 1884.

Königliches Amtsgericht.

Nichtamtlicher Theil.

Der Krieg in China.

General Brière, der französische Oberbefehlshaber in Tonkin, hat am 30. October das letzte Lebenszeichen von sich gegeben: Er meldet, daß eine nach Hauthe marschirende Truppenabtheilung den Nachtrab der Chinesen erreichte und ihm erhebliche Verluste zufügte, eine andere Abtheilung habe die Umgegend Thainguyens von Versprengten gesäubert. Die Depesche schließt mit den Worten: Die Lage am Weißen Fluß ist eine gute und vom Rothen Fluß ist nichts Neues zu berichten. Was an dieser Depesche zunächst auffällt, ist die lange Zeit, welche sie brauchte, um nach Paris zu kommen, am 30. October wurde sie in Hanoi aufgegeben und erst am 4. November wurde sie in Paris der Oeffentlichkeit übergeben. Hielt man ihren Inhalt für so unbedeutend, um ihn bekannt zu machen, oder wollte Ferry eine bessere Post abwarten, um damit auf die Kammern Eindruck zu machen? Die Meldung des Generals Brière läßt allerdings viel zu wünschen übrig. Was hat der Nachtrab der Chinesen in Hauthe zu thun und wohin richtete sich der Marsch der Hauptmacht? Das sind die Fragen, auf welche der Leser der Meldung vergeblich eine Antwort sucht. Die Fassung der Depesche läßt die Deutung zu, daß sich die Chinesen auf dem Rückzuge nach Langson befanden, als sie von den sie verfolgenden Franzosen eingeholt wurden, aus früheren Mittheilungen weiß man aber, daß die Chinesen noch nicht aufgehört haben, die Franzosen anzugreifen. Um die Festung Thainguyen und Thuyenquan, wie die beiden Lesarten lauten, ist seit dem 13. October unaufhörlich gekämpft worden; nach den Berichten der Franzosen wurden die Chinesen stets mit großen Verlusten zurückgeschlagen, ohne daß die Franzosen auch nur einen Mann verloren, und trotzdem befanden sich in der Umgegend der Festung noch am 30. October versprengte Chinesen, mit denen wiederum ein Kampf stattgefunden hat. Das erinnert lebhaft an die Schwarzflaggen, welche von den Franzosen schon etwa ein dutzendmal vernichtet worden sind, aber trotzdem immer wieder zum Vorschein kamen. Der dunkelste Theil der Meldung des Generals Brière ist aber der letzte, welcher die Lage am Weißen Fluß für gut erklärt und vom Rothen Fluß nichts Neues zu berichten weiß. Das läßt nur die Auslegung zu, daß es am Rothen Fluß noch so schlecht steht, wie am 20. October, an welchem Tage bekanntlich große Massen von Chinesen im Delta erschienen, deren Ankunft nichts Gutes verhieß. Die Wahrheit ist offenbar, daß die Franzosen sich mit Mühe gegen die Angriffe der Chinesen im Delta des Rothen Flusses behaupten und gar nicht in der Lage sind, zum Angriff überzugehen. Dazu kommt, daß die Geheimnißkrämerei im Ausschuß für die Tonkincredite die schlimmsten Besorgnisse erregt. Der Vorgänger Brière's im Commando in Tonkin, Millot, und sein Stabschef Guerrier, sind vom Ausschuß am 30. October vernommen worden, und Ferry hat die Ausschußmitglieder beschworen, das was sie erfahren haben, geheim zu halten. Wenn die Mittheilungen Millot's und Guerrier's gute wären, so würde Ferry sie nicht schnell genug verbreiten können, statt dessen sind sie offenbar der schlimmsten Art, deshalb das tiefe Geheimniß, mit welchem sie bedeckt werden.

Auf Formosa stehen die Dinge womöglich noch schlechter, wie in Tonkin. Die Namen Keelung und Tamsui werden schon seit längerer Zeit gar nicht mehr genannt, der üble Eindruck, welchen die vergeblichen Kämpfe um beide Häfen gemacht haben, sollte durch die Nachricht vermischt werden, daß über sämmtliche Häfen Formosas die Blokade verhängt sei. Wie es mit dieser Blokade bestellt ist, zeigt das Eingeständniß der Franzosen, daß sie von den Chinesen wiederholt gebrochen wurde, und daß sie trotz der Blokade Truppen und Kriegsmaterial auf die bedrohten Puncte der Insel schaffen. Dagegen hat die französische Flotte große Noth, sich gegen die in den chinesischen Gewässern herrschenden Stürme zu halten, und wenn eines Tages die Nachricht von der Vernichtung der französischen Flotte eintrifft, so könnte man sich darüber nicht zu sehr verwundern. Das giebt ein Gesammtbild der Lage, in welcher sich die Franzosen in Tonkin und China befinden, wie es kaum trauriger gedacht werden kann. Dazu kommt, daß in Tientsin Unruhen ausgebrochen sind, welche die chinesische Regierung genöthigt haben, den französischen Consul und seinen Kanzler auszuweisen. Was man daran nicht begreift, ist nur die Thatsache, daß ein französischer Consul es gewagt hat, unter den bestehenden Verhältnissen in Tientsin zu verbleiben, während er sich doch sagen mußte, daß jeder Kampf zwischen Chinesen und Franzosen, gleichviel ob er für die Chinesen siegreich oder verderblich ausfiel, seine Sicherheit auf das Aeußerste gefährden mußte. Es sind das die Folgen des eigenthümlichen Verhältnisses zwischen Frankreich und China, die, obwohl sie unzweifelhaft mit einander im Kriege begriffen sind, dennoch den Schein des Friedens aufrecht halten wollen.

Um aus dieser für Frankreich sehr unangenehmen Lage herauszukommen, hat sich die Vermittelung einer dritten Macht als das allein mögliche Mittel herausgestellt. Die officiöse französische Presse ist denn auch nach Kräften bemüht, eine solche Vermittelung herbeizuführen. Der „Temps" hat seine Hoffnungen auf England gerichtet und behauptet steif und fest, daß China gar nicht daran denke, die englische Vermittelung abzulehnen. Das kann richtig sein, aber nur deshalb, weil England seine Vermittelung überhaupt gar nicht angeboten hat. Wie käme auch England dazu? Freilich ist dieser Macht der Kampf zwischen Frankreich und China wegen seiner Handelsinteressen keineswegs erwünscht, aber es liegen hinreichende politische Gründe vor, welche den Engländern eine Vermittelung in der chinesischen Streitsache verbieten. Neulich hat Waddington, der französische Botschafter in London, mit dem englischen Minister des Auswärtigen, Lord Granville, eine Unterredung gehabt, wegen der Blokade Formosas. Dabei hat Granville die Ansicht aufgestellt, daß die Blokade nichtig sei, weil keine Kriegserklärung vorangegangen. Ist das etwa ein Symptom der Absicht Englands, als Vermittler in dem Streit zwischen Frankreich und China aufzutreten? In der That hat England alle Ursache, Frankreich zu zürnen sowohl wegen des Protestes gegen den Vertrag, welchen England mit Portugal wegen der Schifffahrt auf dem Congo geschlossen hatte und wegen der aus diesem Proteste sich entwickelnden Conferenz, ferner wegen des Angriffs der Franzosen auf Madagaskar und wegen seiner Haltung in der egyptischen Streitfrage. Das Alles sind Gründe, welche das feindselige Verhältniß zwischen Frankreich und England verschärfen müssen, aber sie sind gewiß nicht geeignet, England zu einem Freundschaftsdienst gegen Frankreich zu ermuntern, deshalb schließt auch der „Temps" seinen Artikel mit dem sehr verständigen Rathschlag an die französische Regierung, bei der Gewohnheit der Chinesen, Verträge zu verletzen, die thatsächliche Besetzung von Tonkin zu betreiben. Wenn diese aber erreicht werden soll, dann muß mit ganz anderen weit erheblicheren Streitkräften operirt werden, wie bisher geschehen. Frankreich hat in Tonkin und China seit Jahr und Tag nur Sisyphusarbeit gethan, es hat fortwährend Geld und Soldaten geopfert, ohne etwas nur irgend Nennenswerthes erreicht zu haben. Mag auch China unter diesen Kämpfen gleichfalls gelitten und zahlreiche Truppen eingebüßt haben, so steht doch der Mißerfolg Frankreichs mit Rücksicht auf dessen militairische Ueberlegenheit in gar keinem Verhältniß zu dem, was China dabei gelitten hat. Die Erkenntniß dieser Thatsache bricht sich auch in Frankreich in immer weiteren Kreisen Bahn und deshalb wird Ferry demnächst, wenn die Tonkinfrage vor die Kammern kommt, einen sehr schweren Stand haben.

Die Verhandlung über die Tonkincredite in der Deputirtenkammer ist auf den 10. November festgesetzt, bis dahin muß das Material so gruppirt sein, daß es auf die Kammer den von Ferry gewünschten Eindruck macht. Es ist bereits ein Abgeordneter aufgetreten, welcher fordert, daß man das Ministerium in Anklagezustand versetze, weil es Krieg führt, ohne die Kammer deswegen um Erlaubniß ersucht zu haben. Das mag zu weit gegangen sein, denn Ferry hat ja den Auftrag, den Vertrag von Tientsin energisch durchzuführen. Mit diesem Auftrag wird Ferry jeden Angriff zu pariren suchen, aber es darf bezweifelt werden, ob ihm das auf die Dauer gelingen wird. Es hat nicht an Warnungen gefehlt; Campenon, der Kriegsminister, hat die Verantwortung für die tonkinesische Unternehmung schon vor längerer Zeit abgelehnt und hat verlangt, daß man die französischen Truppen aus Tonkin zurückziehe. Das mag schwer ausführbar gewesen sein, aber jedenfalls ist der rechte Moment, wo es noch hätte mit Ehren geschehen können, verpaßt worden, und die Schuld dafür trifft unzweifelhaft Ferry. Der französische Ministerpräsident hat schon manchen Sturm, welcher ihm drohte, geschickt bestanden, aber der chinesische Streitfall hat eine Gestalt angenommen, welcher eine Entscheidung zur unabweisbaren Nothwendigkeit macht. Entweder muß Ferry bei der Kammer die Mittel zur endgiltigen Durchführung der Sache beantragen oder zurücktreten, ein Drittes giebt es nicht. *

Leipzig, 6. November 1884.

* Zu einer gründlichen und offenen Erforschung der Ursachen ihrer schweren Niederlage kann sich die deutschfreisinnige Partei nur schwer entschließen. Ihre Presse läßt sich durch Ausreden, die das Wesen der Sache gar nicht treffen; sie redet von Niederlagen der Regierungspolitik und der gemäßigten Parteien, weil eine Parlamentsmehrheit gegen das Centrum diesmal noch nicht erreicht worden ist, von einer aufrichtigen Selbstprüfung aber sind erst wenige Spuren zu entdecken. Der Liberalismus in der Auffassung der deutschfreisinnigen Partei ist darum vom Volke verworfen worden, weil er in den wichtigsten Anliegen der Gegenwart sich über eine unfruchtbare verneinende Opposition nicht zu erheben vermochte. Das Geschrei, als ob es heutzutage nichts als „Reaction" zu bekämpfen gelte, verfängt nicht mehr. Man mag die Wirthschafts-, dazu auch die Socialpolitik des Reichskanzlers in manchen Stücken für verfehlt halten, daß ihr ein gut Theil sehr gesunder Reformgedanken zu Grunde liegt, kann nur noch Verblendung und Verrauntheit der Doctrinen leugnen, die eine stets wachsende Mehrheit des Volkes entschieden zurückweist. Insbesondere die socialpolitische Frage stand im Mittelpunct des ganzen Wahlkampfes, und wenn einst der Plan bestanden, die Haltung der Nationalliberalen in dieser Frage zu ihrem Verderben zu verwenden, so ist umgekehrt der Erfolg eingetreten, daß den Deutschfreisinnigen ihre gänzlich negirende Haltung gegenüber der socialen Reform zum schwersten Schaden gereicht hat. Mit dem Ruf: Fort mit den indirecten Steuern, ohne Angabe, wie der Ausfall auf minder drückende Weise zu ersetzen ist, mit der phrasenhaften Vertheidigung von Freiheitsrechten, die kein Mensch bedroht, mit dem Ueberhören jeder von der Regierung angebahnten Reform durch ein überlautes Reactionsgeschrei ist nichts mehr auszurichten. Der deutsche Liberalismus muß positive Ziele aufstellen und den leidigen Doctrinarismus, der sein Erbübel ist, überwinden; diejenige liberale Richtung, die dies vermag, hat eine Zukunft, diejenige, die es nicht vermag, wird herabsinken zu einem kleinen Häuflein unbelehrbarer Sonderlinge und rechthaberischer Theoretiker, welche das praktische Leben und die active Politik unbeachtet bei Seite liegen läßt. Wir warten geduldig ab, ob die bitteren Erfahrungen des 28. October nicht doch auf den belehrungsfähigen Theil der deutschfreisinnigen Partei ihre Wirkungen üben werden oder ob sie in ihrer Gesammtheit bei der systematischen Negation und Opposition gegenüber den großen Aufgaben unserer Zeit verharren wird. Den gesammten deutschen Liberalismus auf Freihandel, Manchesterthum und politischen Radicalismus verpflichten zu wollen, war das Ziel der „Fusion", und dieser Versuch ist aufs Entschiedenste vom Volke zurückgewiesen worden.

* Die „Nationalliberale Correspondenz" schreibt zur Parteilage: „Die unerfreulichsten Erscheinungen des ganzen Wahlkampfes pflegen bei den Stichwahlen hervorzutreten. Dabei beginnt das Werben um die Gunst derjenigen Parteien, die den Ausschlag zu geben haben; da werden „befriedigende Erklärungen" im Culturkampf, Widerspruch gegen das Socialistengesetz und dergl. in die Wagschale gelegt oder es wird an die Gemeinsamkeit der liberalen Interessen oder an die Pflicht der Ordnungsparteien, gegen die Umsturzbestrebungen zusammenzustehen, appellirt, Gesichtspuncte, von denen man während des Wahlkampfes wenig genug gemerkt hatte. Es kommen vielfach wieder jene unwürdigen Schachergeschäfte zum Abschluß, die dem Abgeordneten gegen andere Parteien Verpflichtungen auferlegen, welche er als ehrlicher Politiker kaum eingehen kann. Es wird dabei wieder außerordentlich viel im Trüben gefischt werden und manch unnatürliche „Wahlmanscherei" zum Vorschein kommen. Der Markt ist eröffnet und Käufer und Verkäufer haben sich schon zahlreich eingefunden. Was die Haltung unserer Parteigenossen betrifft, so werden sie auch aus den Stichwahlen mit reinem Schild hervorgehen. Es ist unmöglich, eine allgemeine Richtschnur für das Verhalten in den Stichwahlen aufzustellen. Die Verhältnisse in den Wahlkreisen liegen zu verschiedenartig, die Combinationen sind zu mannigfaltig und es kommen zu vielerlei Erwägungen in Betracht, als daß eine übereinstimmende Norm aufgestellt werden könnte. Unsere Parteigenossen werden ihre Haltung bei den Stichwahlen nach dem Maße des Wohlwollens einrichten, welches die gegenüberstehenden Parteien gegen die Nationalliberalen bewiesen haben, und werden die in Stichwahl stehenden Candidaten nach dem Gesichtspunct prüfen, welcher von ihnen in den wichtigsten, den Reichstag beschäftigenden Fragen, der Socialgesetzgebung, der Colonialpolitik, des Militairseptennats, des Socialistengesetzes, der Kirchenpolitik u. s. w., die besten Garantien für Uebereinstimmung mit der nationalliberalen Auffassung giebt. Eine Partei, deren Unterstützung in keinem einzigen Fall in Frage kommen kann, sind die Ultramontanen mit ihrem polnisch-welfischen Anhang."

* Der nationalliberale Verein von Ratzeburg hatte gelegentlich des durch seine Mitwirkung errungenen Wahlsieges des Grafen Herbert v. Bismarck über den deutschfreisinnigen Westphal (Graf Bismarck wurde bekanntlich als Compromiß-Candidat der nationalen Mittelparteien aufgestellt) an den Fürsten Reichskanzler folgendes Telegramm gesandt:

„Voll freudiger Genugthuung über die Wahl des Grafen Herbert zu unserem Reichstags-Abgeordneten sagt Ew. Durchlaucht seinen aufrichtigsten Glückwunsch in unwandelbarer Liebe und Verehrung.
Der Vorstand des nationalliberalen Vereins
für den Kreis Herzogthum Lauenburg."

Hierauf ist folgende Antwort eingetroffen:

Berlin, 30. October 1884.

„Für Ihr Begrüßungs-Telegramm verbindlich dankend, sehe ich in dem Wahlergebniß ein erfreuliches Zeichen der fortschreitenden gegenseitigen Verständigung der nationalen Elemente, durch deren Zusammenwirken allein die großen Aufgaben, die uns gestellt sind, gelöst werden können. v. Bismarck."

* Die Wahl des Abg. Rickert in Danzig, die mit nur 18 Stimmen über die absolute Majorität erfolgte, wird wegen Aufnahme zahlreicher wahlunberechtigter Personen in die Wählerlisten für ungiltig erklärt werden. Schon bei Proclamirung des Wahlresultats hat der Wahlcommissar erklärt, daß er von Amtswegen beim Reichstag den Antrag auf Ungiltigkeitserklärung der Wahl stellen werde. Die schleunige Cassirung der Wahl kann unter diesen Umständen keinem Zweifel unterliegen. Herr Rickert steht bekanntlich auch noch in Brandenburg zur Stichwahl und dürfte gut thun, im Fall seiner Wahl das dortige Mandat anzunehmen.

* Nach Schulze-Delitzsch'schem Muster haben sich in den Provinzen Posen und Westpreußen auch zahlreiche polnische Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften gebildet, in denen der polnisch-katholische Klerus eine nicht unbedeutende Rolle spielt und die hauptsächlich die wirthschaftliche Kräftigung des polnischen Stammes, besonders des polnischen Mittelstandes bezwecken. Anwalt dieser Genossenschaften, die sich zu einem Verbande zusammengeschlossen haben, ist der Geistliche Szamarzewski. Bei dem Verbandstag, der im October in dem Städtchen Miloslaw abgehalten wurde, waren circa dreißig Delegirte erschienen, unter denen sich zehn Geistliche befanden. Wenn auch diese polnischen Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften mit der Politik nichts zu schaffen haben, so dienen sie doch, gleich den bäuerlichen und landwirthschaftlichen polnischen Vereinen, alle der nationalpolnischen Idee. Der Endzweck aller dieser polnischen Vereinigungen ist kein anderer, als die polnische Nationalität bis in die untersten Volksschichten herab lebensfähig und lebenskräftig zu erhalten und dem polnischen Elemente ein Uebergewicht über die Deutschen im Osten des Reiches zu verleihen.

* Dem Bundesrathe ist die Uebersicht der Reichsausgaben und Einnahmen für das Etatsjahr 1883/84 zugegangen:

Darnach betrugen die fortdauernden Ausgaben 528,758,107.78 ℳ, an Resten sind verblieben 13,280,007.25 ℳ, in Summa 542,038,115.03 ℳ; das Soll nach dem Etat für 1883/84 betief sich auf 537,297,305 ℳ, an Restfonds aus dem Vorjahre sind hinzugetreten 13,107,838.52 ℳ, das Gesammtsoll betrug mithin 550,404,663.52 ℳ; es beträgt mithin die Summe der Ausgaben gegen das Gesammtsoll 8,366,548.49 ℳ weniger. Die zu genehmigenden Etatsüberschreitungen, beym. außeretatsmäßigen Ausgaben betragen 6,520,151.77 ℳ. Der letztgenannte Betrag vertheilt sich folgendermaßen: auf den Reichstag mit 50,761.80 ℳ, den Reichskanzler und Reichskanzlei 6,436.47 ℳ, auf das auswärtige Amt 482,088.14 ℳ, auf das Reichsamt des Innern